

Juristisches Tauziehen um Sami A.

Bochum legt Beschwerde ein

DÜSSELDORF ■ Das juristische Tauziehen um den abgeschobenen Islamisten Sami A. geht weiter. Das Ausländeramt Bochum wehrt sich mit allen Mitteln dagegen, den als Gefährder eingestuften Mann aus Tunesien zurückholen zu müssen. Mittlerweile habe die Stadt gegen zwei Beschlüsse des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen Beschwerden beim Oberverwaltungsgericht Münster eingelegt, teilte das NRW-Flüchtlingsministerium gestern mit.

Bochum wehrt sich gegen das am 13. Juli per Eilentscheidung verhängte Abschiebeverbot – da war Sami A. bereits im Flugzeug nach Tunesien – und die anschließende Vollstreckungsentcheidung, ihn auf Staatskosten zurückzuführen. Dafür hatte das Verwaltungsgericht unter Androhung eines Zwangsgeldes von 10000 Euro eine Frist gesetzt, die heute um Mitternacht ausläuft. Die Anwältin von Sami A. könne eine Festsetzung des Geldes beantragen, um der Forderung Druck zu verleihen, sagte ein Sprecher des Gerichts. Dies werde aber frühestens nach Ablauf der Frist geschehen – also frühestens Mittwoch. Solange die Anwältin keinen Antrag stelle, werde das Gericht keine weiteren Schritte einleiten.

Sami A. ist derzeit in Tunesien auf freiem Fuß, darf das Land aber nicht verlassen, bis Terrorermittlungen gegen ihn abgeschlossen sind. Seit 2005 haben mehrere deutsche Gerichte es als erwiesen angesehen, dass er 1999/2000 in einem afghanischen Islamistenlager eine militärische Ausbildung durchlaufen hat und später der Leibgarde des 2011 getöteten Al-Kaida-Chefs Osama bin Laden angehörte. ■ Inw



Vor Gericht: „Lifeline“-Kapitän Claus-Peter Reisch. ■ Foto: dpa

„Lifeline“-Urteil im September

VALLETTA ■ Im Prozess gegen den Kapitän des Rettungsschiffs der in Dresden ansässigen Hilfsorganisation Mission Lifeline könnte im September ein Urteil fallen. „Die Verteidigung macht Druck, und auch der Richter will, glaube ich, den Fall schnellstmöglich vom Tisch haben“, sagte Schiffsführer Claus-Peter Reisch gestern in Valletta nach einer Anhörung in einem Video, das Mission Lifeline zur Verfügung stellte. Weitere Prozesstermine seien für den 23. August und den 11. September angesetzt. „Der Richter denkt auch, dass er dann da zu einem Urteil kommen wird“, sagte Reisch. Dem 57-jährigen wird vorgeworfen, das Rettungsschiff „Lifeline“ ohne ordnungsgemäße Registrierung in maltesische Gewässer gesteuert zu haben. Im Falle einer Verurteilung drohen ihm bis zu 11600 Euro Strafe oder ein Jahr Haft. Reisch bezeichnete den Vorwurf als „haltlos“.

Die „Lifeline“ ist eines von insgesamt vier NGO-Schiffen, die derzeit in Malta und Italien am Auslaufen gehindert werden. Ebenso mussten die Betreiber privater Aufklärungsflugzeuge ihre Arbeit einstellen. ■ dpa



Die knapp fünf Kilometer lange Strandpromenade Beiruts zum Mittelmeer, die sogenannte „Corniche“, ist von Palmen und modernen, sündhaft teuren Hochhäusern gesäumt. Den exklusiven Blick aufs Mittelmeer lassen sich diejenigen, die es sich leisten können, etwas kosten. Es ist ein Kennzeichen des Libanon: Einige Teile der Bevölkerung sind unverschämte reich und fahren die größten und teuersten Autos, wieder andere können von einem eigenen Auto – egal, welcher Art – oder neuen Wohnungen mit Meerblick nur träumen.

Zankapfel und Fluchtziel

LIBANON-SERIE, TEIL 1 Einblicke in ein nahezu unbekanntes Land

BEIRUT ■ Wer reist schon in den Libanon? Ich, Alexandra Haderlein, Gastredakteurin bei dieser Zeitung. Aus reiner Neugier. Ich kann Ihnen über die Zeitung keine Kostprobe des leckeren libanesischen Essens geben. Doch an meinen Eindrücken von Land und Leuten lasse ich Sie teilhaben – im Rahmen einer vierteiligen Serie.

Wo liegt dieser Staat überhaupt? Der Libanon grenzt im Süden an Israel, im Westen ans Mittelmeer und im Norden sowie Osten an Syrien. Wegen seines Nationalbaumes, der Zeder, die auf der Flagge und in vielen Wäldern zu sehen ist, spricht man auch vom Zedernstaat. Wenn man hierzulande von dem Land hört, geht es meist um einen Krieg.

Aktuell um den in Syrien. Durch diesen hat die Nation mit ihren lediglich vier Millionen Einwohnern 1,5 bis zwei Millionen Syrer aufgenommen. Die exakte Zahl kennt keiner. Die Situation der Geflüchteten ist schwierig – wie der nächste Teil dieser Serie zeigen wird.

Die Palette an libanesischen Speisen ist bemerkenswert: Petersiliensalat mit Couscous und Tomaten, verschiedenste „Antipasti“-ähnliche Vorspeisen, Kichererbsenbrot, Auberginen-Creme, dazu Fisch und Fleisch in allen Varianten, Sirup aus Maulbeeren, die dort zuhauf an Bäumen wachsen sowie Crêpe-dünnes Fladenbrot mit Olivenöl und Zatar, einer Gewürz-Mischung aus Thymian, Oregano und Korianther.

Ähnlich vielfältig sind die Einwohner, die alle Arabisch und Französisch, meist auch noch sehr gut Englisch sprechen.

18 Konfessionen gibt es in dem Land, das so groß ist wie Hessen – christliche und muslimische in all ihren Unterarten. Jede wird von bestimmten Parteien repräsentiert, die durch Fähnchen und XXL-Porträts ihrer Politiker für jedermann schnell ersichtlich machen, ob man sich gerade in einem sunnitischen, schiitischen, christlichen, drusischen oder sonstigen Ort befindet. Auf diese Vielfalt, in der alle miteinander – manchmal auch nur nebeneinander – leben, sind viele Libanesen stolz.

Über die Jahrtausende haben Ägypter, Perser, Griechen, Römer, Kreuzfahrer, Osmanen, Franzosen und andere ihre Spuren hinterlassen. Archäologisch Interessierten dürfte im Osten des Landes das Herz aufgehen: Errichtet im 2./3. Jahrhundert nach Christus, ist die Tempelanlage von Baalbek eines der größten und am besten erhaltenen Beispiele römischer Architektur.

Die Schweiz des Nahen Ostens

Ursprünglich hatte sich der Staat auf die Fahnen geschrieben, die Schweiz des Nahen Ostens zu sein. Das gelang durch Krisen und Kriege nur mittelpfänglich.

Zum Beispiel tobte dort von 1975 bis 1990 ein Bürgerkrieg: Das Land war zuvor aus dem Gleichgewicht geraten. Nachdem ab 1948 durch die Staatsgründung Israels Hunderttausende Palästinenser in den Zedernstaat geflohen waren, hatte die islamische Bevölkerung ungleich stärker zugenommen als die christliche. Zugleich wurde die Kluft zwischen der armen Landbe-



Die Redakteurin Alexandra Haderlein (30) lebt und arbeitet in Nürnberg. Sie hat crossmedialen Journalismus mit Politik und Wirtschaft in Bayern studiert und ist unter anderem ehrenamtliche Mitarbeiterin für www.alsharq.de, einem Blog zu Themen aus dem Nahen Osten und dem nördlichen Afrika. ■ Foto: Thomas Geiger

völkerung und den Reichen in den Städten immer größer.

15 Jahre lang kam es verstreut im Libanon zu gewalttätigen Auseinandersetzungen – wegen unterschiedlichster Motive. In den wenigsten Fällen kämpften dabei „die Libanesen“ gegeneinander. Externe Interessensgruppen wie Syrer, Israeli, Palästinenser, US-Amerikaner mischten mit, indem sie die jeweils ihnen nahestehende Bevölkerungsgruppe im Libanon unterstützten. Bis heute ist das Land Zankapfel zwischen dem sunnitischen Saudi-Arabien und dem schiitischen Iran.

Zudem spielt die schiitische Hisbollah, die von den USA, Kanada und Großbritannien als Terrororganisation eingestuft wird, auch nach den Par-

lamentwahlen im Mai eine enorm wichtige politische Rolle. Die EU sieht dies übrigens ähnlich wie die USA, hat aber nur den militärischen Arm der Hisbollah als Terrororganisation eingestuft. Zu einem angeblich rein politischen Arm versucht man, den Dialog nicht abreißen zu lassen. Die Hisbollah ist über die Landesgrenzen hinaus aktiv und kämpft zum Beispiel in Syrien an der Seite von Präsident Baschar al-Assad. Außerdem hat sie Israel zum Todfeind erklärt, dem sie das Existenzrecht abspricht.

So unterschiedlich die einzelnen Bevölkerungsgruppen im Libanon sind, eine Gemeinsamkeit haben sie: Sie lehnen Israel ab, das 2006 einen Angriffskrieg (insbesondere gegen die dortigen Hisbollah-Stellungen) führte und mit dem man sich bis heute offiziell im Kriegszustand befindet. Deshalb wird unter anderem jedem Reisenden mit Israel-Stempel im Pass die Einreise in den Libanon verweigert. Und manch einer mit verdächtigem Namen muss Nachfragen zu seinen Beziehungen nach Israel über sich ergehen lassen.

Serie Libanon Folge 1 (heute): Der Libanon – ein nahezu unbekanntes Land.

Demnächst: Folge 2: Die Situation syrischer Flüchtlinge im Libanon.

Folge 3: Wie die Libanesen mit dem Bürgerkrieg umgehen.

Folge 4: In einem palästinensischen Flüchtlingscamp.



So modern wie Beirut ist Tripoli, die Landeshauptstadt im Nordwesten des Landes nicht – erst recht nicht in ihren Ausläufen (siehe Foto). Meist wird Geld zu allerletzt in die Instandhaltung von Gebäuden gesteckt. Auffällig sind zudem die vielen alten Mercedes, die hier noch durch die Straßen fahren. Was den Deutschen an Vehikeln nicht mehr gut genug war und exportiert wurde, wird hier aufgebraucht.



Frisches Obst und Gemüse gibt es im Libanon immer und überall – wie hier am Eingang eines Suks in Sidon, der viertgrößten Stadt im Libanon. Denn in der Bekaa-Ebene, dem Tal zwischen dem Atlasgebirge und dem Anti-Atlasgebirge, die das Land parallel von Nord nach Süd durchziehen, herrscht ein immens gutes, sonniges und zugleich humides Klima. Die Folge sind zum Teil riesengroße Früchte. ■ Fotos (3): Alexandra Haderlein

Das Volk der Rumsitzer

Die Deutschen leben ungesund

Von Jonas-Erik Schmidt

BERLIN ■ Auto statt Fahrrad, Fernsehen statt Spaziergang, Bürostuhl statt Werkbank: Die Deutschen sitzen bedenklich oft rum. Unter den Bundesbürgern gibt es immer mehr Bewegungsmuffel, wie aus einer Umfrage im Auftrag der DKV Deutsche Krankenversicherung hervorgeht, deren Ergebnisse gestern veröffentlicht wurden. Nur noch 43 Prozent der Befragten erreichten das empfohlene Mindestmaß an körperlicher Aktivität. Der Wert sei in den vergangenen Jahren immer weiter gesunken – 2010 lag er noch bei 60 Prozent. „Es ist ein trauriges Ergebnis“, sagte Studienleiter Ingo Froböse von der Deutschen Sporthochschule Köln.

Für den Report wurden fast 2900 Deutsche interviewt – nicht nur zum Thema Bewegung, sondern auch zu ihrer Gesundheit, zu Ernährung, Alkohol, Rauchen, Stress, Lärmempfindlichkeit, Einsamkeit und Regeneration. Es ist die fünfte Befragung dieser Art seit 2010. In der Summe ergibt sich das Bild einer Gesellschaft, die sich für gesund hält, in Wahrheit aber träge geworden ist – und mitunter ernsthafte Probleme hat, mit Stress umzugehen. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

(Un)gesunde Lebensweise:

Mehr als die Hälfte der Befragten (61 Prozent) stuft ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut ein. Das steht in einem krassen Missverhältnis zur Zahl der Menschen, die nach Einschätzung von Experten tatsächlich von sich behaupten können, rundum gesund zu leben. Das seien nämlich nur neun Prozent – sie haben genügend Bewegung, rauchen nicht, ernähren sich passend, trinken wenig Alkohol und haben einen gesunden Umgang mit Stress. Der Wert sei ein neuer Tiefpunkt. 2010 erreichten immerhin noch 14 Prozent die Zielwerte.

Bewegung:

Als ein Hauptproblem der Deutschen machen die Forscher mangelnde Bewegung aus. Als Maßstab legen sie dafür die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) an. Erwachsene sollten demnach pro Woche mindestens 150 Minuten moderater Aktivität – zum Beispiel zügiges Gehen – oder 75 Minuten intensiver Aktivität nachgehen, etwa Joggen. Das schaffen mit 43 Prozent aber weniger als die Hälfte. Jeder Zehnte gab in der Befragung an, überhaupt keiner körperlichen Aktivität nachzugehen, die länger als zehn Minuten am Stück andauert. Studienleiter Froböse führt das Bewegungsdefizit auf zwei Entwicklungen zurück: Zum einen werde heute weniger körperliche Arbeit ver-

richtet, zum anderen habe auch der Sport in der Freizeit nachgelassen. Fast 80 Prozent der Befragten machen außerhalb des Jobs nicht genug, um das Mindestmaß zu schaffen. Sie gehen etwa nicht häufig genug zu Fuß oder fahren Fahrrad, um von A nach B zu kommen.

Dafür sind die Deutschen ein Volk der Vielsitzer. Auf fast acht Stunden summieren sich im Durchschnitt die Sitzzeiten an Werktagen – bei der Arbeit, aber auch am Fernseher, am Computer oder im Auto. Männer sitzen dabei länger als Frauen, Alte insgesamt weniger als Jüngere. Beim Fernsehen ist der Trend allerdings umgekehrt: Je älter die Befragten, desto länger hocken sie vor der Glotze.

Regeneration:

Die Studie stellt fest, dass sich die Befragten am Anfang der Woche regenerierter fühlen als am Ende der Arbeitswoche. In Jobs mit höherem Gehalt fällt die Kurve steiler nach unten, das heißt: Menschen, die mehr verdienen – ab 2500 Euro Haushaltsnettoeinkommen –, fühlen sich am Ende der Woche tendenziell weniger regeneriert als Menschen mit einem geringeren Einkommen. Auffällig ist die Zahl der Deutschen, die es so gut wie nie schaffen, frisch in den Tag zu starten – immerhin elf Prozent. „Ich glaube, dass wir in unserer Gesellschaft aktuell kein Belastungsproblem haben, sondern wir haben ein Regenerationsproblem“, sagte Studienleiter Froböse. Viel zu selten nutzten die Deutschen körperliche Aktivität als Ausgleich zu Belastung und Stress. „Sie lassen sich viel zu sehr ablenken – vom Fernsehen, von digitalen Medien. Aber das bedeutet keine Regeneration.“

Alkohol und Rauchen:

Die erfreuliche Botschaft aus Sicht der Gesundheitsexperten: In Deutschland gibt es immer mehr Nichtraucher. Nur noch 21 Prozent greifen demnach zur Zigarette. Und immerhin 82 Prozent trinken laut Umfrage gar nicht oder nur gelegentlich Alkohol. Auffällig dabei aber: Je mehr die Befragten verdienen, desto häufiger heben sie das Glas. ■ dpa



Rückenschmerzen, Übergewicht, Bluthochdruck: Laut Umfrage leben die Deutschen bedenklich ungesund. ■ Foto: dpa

Tipps für mehr Bewegung im Alltag

Es ist gar nicht schwer, etwas Aktivität in den Alltag einzubauen, sagt Prof. Ingo Froböse von der Deutschen Sporthochschule Köln. Sein Vorschlag für eine aktive Woche:

■ **Täglich morgens/abends:** Das Auto weiter weg parken oder eine Station früher aus der Bahn steigen. Dann morgens und abends je zehn Minuten stramm gehen. Das macht bei fünf Arbeitstagen schon 100 Minuten Bewegung. Wer das nicht schafft, kann drei Mal in der Woche abends 45 bis 60 Minuten zügig spazieren gehen.

■ **Stündlich:** Aufstehen! Gerade wer am Schreibtisch sitzend arbeitet, muss sich zwischendurch bewegen. Am besten pro Stunde einmal aufste-

hen, zum Drucker gehen, Wasser holen oder einfach einmal vor die Tür und zurück.

■ **Zwischendurch:** Treppe nach oben gehen wo immer es möglich ist. Froböse empfiehlt 40 Stockwerke pro Woche oder sechs am Tag. Dabei variieren: Am ersten Tag jede Stufe nehmen, das trainiert das Herz-Kreislauf-System. Am nächsten Tag nur jede zweite Stufe nehmen – das trainiert das Muskelsystem an Oberschenkel, Unterschenkel und Gesäß. Nach unten entweder kontrolliert gehen oder den Fahrstuhl nehmen.

■ **Am Wochenende:** Zur Regeneration je nach Belieben eine leichte Radtour oder entspannte Wanderung machen.

Deutsche im Irak verurteilt

Lebenslang für IS-Mitglied

BAGDAD • Eine deutsche Staatsbürgerin ist im Irak wegen Mitgliedschaft in der Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Bei der Verurteilung, deren Namen das Gericht in Bagdad mit Nadia angab, handelt es sich um die Tochter der Deutsch-Marokkanerin Lamia K., die im Irak wegen IS-Mitgliedschaft zunächst zum Tode verurteilt worden war. Das Urteil wurde später in lebenslänglich umgewandelt. Nadia hat nun 30 Tage Zeit, Berufung einzulegen. Lebenslänglich bedeutet im Irak in der Regel 20 Jahre Haft. Lamia K. und ihre Tochter Nadia waren vor einem Jahr von irakischen Soldaten in der einstigen IS-Hochburg Mosul im Nordirak festgenommen und später von der Anti-Terror-Staatsanwaltschaft vor Gericht gestellt worden.

Im Gerichtssaal schilderte Nadia auf Deutsch mit eingestreuten arabischen Wörtern, dass sie von der Türkei aus nach Syrien und dann in den Irak gelangt sei. In ihrer Begleitung befand sich demnach ihre behinderte Schwester, die später bei einem Bombenangriff getötet wurde, ihre Mutter und ihre Tochter. Nadia trug im Gericht ein schwarzes Übergewand, Kopftuch und Sonnenbrille. Sie sei mit Mutter und Tochter aus Syrien in den Irak gekommen, „um vor den IS-Leuten zu fliehen“, sagte die Deutsche, die in Syrien von ihrem Mann, einem IS-Mitglied, verstoßen worden war.

Das für Terrorismus zuständige Strafgericht verurteilte gestern zudem den 58-jährigen französischen Staatsbürger Lahcen Gueboudj zu lebenslanger Haft. Auch ihm wurde vorgeworfen, sich dem IS angeschlossen zu haben. ■ **afp**

Venezuelas Suche nach Attentätern

CARACAS • Nach dem möglichen Anschlag auf den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro haben die Sicherheitskräfte eine Großfahndung nach den Tätern eingeleitet. Sechs Verdächtige seien bereits festgenommen worden, so der Innenminister. Es werde weiter nach Tätern und Hintermännern gesucht. Nach Regierungsangaben hatten Attentäter am Samstag während einer Militärparade versucht, einen Bombenanschlag mit Drohnen auf Maduro zu verüben. Das Staatsfernsehen hatte den Moment übertragen, in dem eine Explosion zu hören war, während Maduro eine Rede hielt. Der Staatschef blieb unverletzt. ■ **dpa**

Diplomatische Krise mit Riad

RIAD • Nach deutlicher Kritik Kanadas an Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien schliessen beide Länder unbremst in eine diplomatische Krise. Die Regierung in Riad erklärte den kanadischen Botschafter Dennis Horak in einer harschen Reaktion gestern zur unerwünschten Person und verwies ihn des Landes. Gleichzeitig rief die saudi-arabische Führung ihren Botschafter in Kanada zu Konsultationen zurück, wie die saudi-arabische Agentur SPA berichtete. Ähnliches war vergangenes Jahr bereits der Bundesregierung passiert, nachdem der damalige Außenminister Sigmar Gabriel Riad öffentlich kritisiert hatte. ■ **dpa**



Alexandra Haderlein, Gastredakteurin unserer Zeitung, war im Rahmen ihres Aufenthaltes im Libanon unter anderem in Bar Elias. Die Stadt in der Bekaa-Ebene liegt nicht einmal 15 Kilometer Luftlinie von der syrischen Grenze entfernt. Die Bedingungen für die syrischen Geflüchteten, die vom libanesischen Staat lediglich wie „Vertriebene“ behandelt werden, sind hier zumeist katastrophal.

Gerangel um die letzte Ruhe

LIBANON-SERIE, TEIL 2 Selbst nach dem Tod finden Syrer keinen Ort des Friedens

Von Alexandra Haderlein

BAR ELIAS • Im Grab ihres Kindes hat eine Libanesin nachträglich noch ein fremdes bestatten lassen. Nirgendwo sonst hatte sie eine letzte Ruhestätte für das tote Kind gefunden. Die Geschichte ging im Juli 2017 durch libanesische Medien. Geändert hat sich seitdem nichts. Viele Kriegsflüchtlinge aus Syrien finden im Libanon nicht einmal nach dem Tod einen Ort, wo sie in Frieden ruhen können.

Der Libanon hat, gemessen an seiner Bevölkerung, so viele Geflüchtete aufgenommen wie kein anderes Land der Welt. Auf rund vier Millionen Einwohner kommen 1,5 bis zwei Millionen Syrer. Das führt zu Spannungen, auch auf dem Friedhof: Dort gibt es ein Gerangel um die Ruhestätten. Die Libanesen fürchten, dass für sie kein Platz mehr ist.

Viele Kommunen beugen sich dem Druck und halten Flächen für Libanesen vor. Dadurch sind Grabstätten für Syrer in vielen Gegenden extrem rar geworden.

Falls es doch einen Platz gibt, sind die Preise hoch: „Je nach Region kostet ein Grab zwischen 300 und 3000 US-Dollar“, berichtet Sheikh Haytham Taimey von der arabischen Organisation „Renovation and Development Association“. Summen, die die meisten Syrer hier im Leben nicht aufbringen können.

Der Scheich im grauen Business-Anzug und weißen Hemd versucht deshalb, Grundbesitzer in der Region, der sogenannten Bekaa-Ebene, dazu zu überreden, Geflüchteten für weniger Geld Boden zur Verfügung zu stellen. Auf einem Friedhof nahe der Stadt Bar Elias – nicht einmal 15 Kilometer Luftlinie von der syrischen Grenze entfernt – ist ihm das geglückt. Binnen kurzer Zeit war der Friedhof überfüllt: Dicht an



Sheikh Hatham Taimey hat Grabstätten für Syrer nahe Bar Elias organisiert.

dicht drängen sich seither auf einem Hügel oberhalb syrischer Flüchtlingscamps die Gräber. Syrer kommen mit Wasserkanistern zum Gießen vorbei, und um ihren Liebst-ten zu gedenken.

Die im Koran vorgegebene Regel, wonach Muslime ihre Angehörigen binnen 24 Stunden beerdigen sollen, können die meisten Geflüchteten hier nicht mehr befolgen: Es gibt Berichte, wonach Hinterbliebene ihre Toten stundenlang im Auto umherfahren oder dem Krankenhaus ihr

letztes Geld überlassen, damit dieses den Verstorbenen noch „beherbergt“, bis die Familie irgendwo im Land eine Grabstätte aufgetrieben hat.

Für Sheikh Taimey ist das ein Unding: „Laut Artikel 130 der Genfer Flüchtlingskonvention von 1929 und 1949, muss die Beerdigung gemäß der eigenen Religion und in einem individuellen Grab geschehen.“ (Anm. d. Redaktion: Die aktuelle Flüchtlingskonvention von 1951 hat der Libanon nie ratifiziert; siehe Infokasten.)

„Lage auf Dauer ausweglos“

„Wer hierher kommt, dem fehlt das Geld für alles“, berichtet Jon Yee, der für die Hilfsorganisation „Salam – Libanese Association for Development & Communication“ tätig ist: „Die Syrer hier haben es gerade noch über die Grenze geschafft. Sie haben alles verloren, bei dem Versuch irgendwie nach Europa oder anderswo in Sicherheit zu gelangen.“ Bis auf ein paar wenige schlecht bezahl-

te Jobs als Bauarbeiter oder Erntehelfer, ist ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt. „Damit bleibt die Lage auf Dauer ausweglos“, so Jon Yee.

Das betrifft auch die Kinder: Wie die Friedhöfe sind die Schulen im Libanon überfüllt oder zu teuer. Hilfsorganisationen wie die von Jon Yee unterrichten deshalb syrische Kinder, um die Generation nicht völlig aufzugeben. Das Leben der Jüngsten in der Bekaa-Ebene ist hart und brutal: Die aus Wellblech, Plastikplanen, Holzlatten und Autoreifen gezimmerten Zelte der Syrer, säumen zu Dutzenden die Straßen. Von der oft prekären Hygieneversorgung abgesehen, wird es im Winter so bitterkalt, dass Kinder erfrieren.

Wer der Kälte trotzt, läuft Gefahr bei einem der häufigen Brände umzukommen: Mangels Alternativen kochen die syrischen Familien mit Öl auf offener Flamme. „Es gibt immer wieder Brände. Dann steckt ein Zelt schnell das nächste an. Die brennen wie Zunder“, berichtet Martin Kvernbeek, der ebenfalls für „Salam“ arbeitet.

Und so quetschen sich zwischen die Gräber der Erwachsenen, wie Lückenfüller, unzählige kleine. Auf ihnen steht noch nicht einmal Grabstein.

Serie Libanon

Folge 1 (31. Juli): Der Libanon – ein nahezu unbekanntes Land.

Folge 2 (heute): Die Situation syrischer Flüchtlinge im Libanon.

Demnach:

Folge 3: Wie die Libanesen mit dem Bürgerkrieg umgehen.

Folge 4: In einem palästinensischen Flüchtlingscamp.

Ein rechtlicher Unterschied

Warum kommen die geflüchteten Syrer ausgerechnet nach Europa? Sicherlich spielt deren Erwartung an diese Länder eine Rolle. Es gibt aber auch einen rein rechtlichen Aspekt: Insgesamt 147 von insgesamt 194 Staaten, darunter alle europäischen, haben die (aktuelle) Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 unterzeichnet. Sie erkennen ihre Verantwortung gegenüber Flüchtlingen an. Grundlage allen Handels ist die Satzung der Vereinten Nationen sowie die Erklärung der Menschenrechte von 1948. Menschen, die nicht ohne Gefahr in ihr Herkunftsland zurückkehren können, dürfen in den Unterzeichnerstaaten einen Asylantrag stellen. Wird dem stattgegeben, stehen demjenigen Schutz vor

Krieg oder Verfolgung sowie bestimmte Rechte, Pflichten und Hilfen zu – zum Beispiel Religions- und Bewegungsfreiheit oder der Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Arbeit.

Der Libanon (und fast alle anderen Staaten auf der arabischen Halbinsel) dagegen haben die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 nicht unterzeichnet. Die syrischen Geflüchteten werden im Libanon deshalb lediglich als „Vertriebene“ bezeichnet: Für sie gilt also weder die aktuelle Genfer Flüchtlingskonvention, noch das libanesische Asylrecht. Dadurch bleiben den Syrern im Libanon Grundrechte, wie der Zugang zu Bildung und ausreichender Gesundheitsversorgung, häufig vorenthalten. ■ **aha**



Die Grabstätten für Syrer auf diesem Friedhof nahe Bar Elias waren schnell vergeben. Für große Grabsteine haben die meisten Syrer kein Geld. ■ **Fotos: Haderlein**



Die syrischen Flüchtlinge hausen in Bar Elias auf Feldern und an Straßenrändern in Hütten aus Wellblech, Plastikplanen, Holzlatten, Autoreifen – und allem, was sich sonst so findet.

Kellner als Köche?

Die rot-grüne Entfremdung

Von Georg Ismar und Teresa Dapp

BERLIN • Robert Habeck ist ein erfrischender, lockerer Typ, der gern in Talkshows geladen wird. Doch für SPD-Chefin Andrea Nahles ist er hochgefährlich. Hartnäckig wildern die Grünen mit ihren neuen Vorsitzenden Habeck und Annalena Baerbock im Terrain der roten SPD.

Im jüngsten ARD-„Deutschlandtrend“ liegen sie mit 15 Prozent nur noch drei Punkte hinter den Sozialdemokraten. In Bayern könnten sie im Oktober bei der Landtagswahl hinter der CSU sogar klar zweitstärkste Kraft werden – der SPD droht hinter der AfD sogar nur Platz vier.

Es ist eine schlechende Verschiebung im linken Lager. Gerhard Schröders Dogma könnte sich umkehren. Der Kanzler hatte zu den Grünen zu Beginn von Rot-Grün im Bund gesagt: „Der Größere ist der Koch, der Kleinere der Kellner.“ Die SPD holte 1998 noch 40,9 Prozent, die Grünen 6,7 Prozent. Nun könnten die Kellner die Köche bald überholen.

„Führende Kraft der linken Mitte“ wollen die Grünen werden, so lautet die offizielle Sprachregelung. Kann man eine Kampfansage an die SPD und ihre Vorsitzende Nahles eindeutiger formulieren? Beide Parteien, die mal als so etwas wie natürliche Partner galten, müssen in einer sich rasant verändernden politischen Landschaft ihren Platz finden. Wie in anderen Ländern auch zersplittert das Parteiensystem.

Erst kamen im linken Lager die Grünen 1980 dazu, und 2007 die Partei Die Linke durch die Fusion der WASG und der Linkspartei/PDS. Abzuwarten bleibt, ob die Linke-Politikerin Sahra Wagenknecht mit ihrer neuen Sammlungsbewegung „Aufstehen“ das Parteiengefüge links weiter zerbröseln wird. Sie könnte gerade die SPD weitere Wähler kosten, wo Parteichefin Nahles und Vizekanzler Olaf Scholz klar auf einen Mitte-Kurs setzen, während sich viele Mitglieder und Anhänger der SPD nach der „reinen linken Lehre“ sehnen – dazu gehört für sie auch ein Abschied von Hartz IV. Aber nicht Wagenknecht und die Linke sind der größte und gefährlichste Konkurrent – das sind die Grünen. Der Zeitgeist ist mehr rechts als links, die Grünen wollen nun auch enttäuschte Wähler der liberalen Mitte einsammeln, auch die, die nicht mehr wissen, wofür die zerrissene SPD noch steht. Und bei der nach rechts rückenden Union wildern, das konservative Lager ist auch von einer Polarisierung er-

fasst. Die immer noch recht junge AfD liegt im „Deutschlandtrend“ bei 17 Prozent, die Union ist auf 29 Prozent abgesackt. Der Bundesrat, die Länderkammer, ist von den Koalitionen her bereits bunt wie nie. Und die Grünen stellen sich geschickt auf die neue Zeit ein, setzen Themen, während die SPD auf Sinnsuche ist.

Einerseits umarmen Habeck und Baerbock, die zum Realo-Lager ihrer Partei zählen, die Linken. Sie sprechen von Umverteilung und von Gerechtigkeit. Andererseits reisen sie unter dem Motto „Des Glückes Unterpfand“ auf der Suche nach Einigkeit, Recht und Freiheit durchs Land, um den Begriff Heimat als „Anti-AfD“ positiv zu besetzen.

Wenn Habeck an historische Orte fährt, zum Hermannsdenkmal, auf die Wartburg, zur Frankfurter Paulskirche und zum Hambacher Schloss, dann sendet er damit auch eine eindeutige Botschaft an die Liberalen im konservativen Lager: Wenn auch die sprachliche und thematische Annäherung eurer Leute an die rechtspopulistische AfD nervt, kommt zu uns. Nicht zur SPD. Nahles registriert diese Kampfansage ganz genau.

In seinem Blog berichtet Habeck über die Reise. Er streift dabei auch das Leib- und Magenthema Klimawandel, das gerade deutlich wie selten ins Bewusstsein der Bürger rückt. „Auf der Fahrt nach Rheinland-Pfalz fahre ich durch glühende Landschaften. Die Felder Brandenburgs sind ausgetrocknet, der Weizen, der Mais nur halb so hoch wie sonst. Zu Hause in Schleswig-Holstein werden die Kühe vorzeitig geschlachtet, weil das Futter nicht mehr reicht.“ Dann kommt er beim Hambacher Schloss an, Symbol der Revolution 1848, das die AfD für sich in Beschlag nimmt. „Die Hambacher wehren sich“, so Habeck. „Oben auf dem Turm weht neben der Deutschlandflagge die Europafahne.“ Die Grünen setzen Partnerschaften gegen einen Rechtsruck, verbreiten Aufbruchstimmung – Nahles macht einfach nur eine Sommerreise. ■ **dpa**



Robert Habeck, Grünen-Chef. ■ **Foto: dpa**

Auslaufmodell Rot-Grün?

Eine rot-grüne Koalition gab es bereits in zehn von 16 Bundesländern, dazu eine auf Bundesebene von 1998 bis 2005 mit Kanzler Gerhard Schröder (SPD) und Außenminister Joschka Fischer (Grüne). Doch wegen der schwächeren Wahlergebnisse der SPD reicht es heute immer seltener zu gemeinsamen Mehrheiten – zudem sehen die Grünen verstärkt die Union als möglichen Koalitionspartner. Ein Überblick zur Lage:

■ Heute gibt es nur noch in Bremen und Hamburg rot-grüne Koalitionen. Im Bundesrat haben sie zusammen sechs von 69 Stimmen, 2015 hatte Rot-Grün noch 28.

■ Grün-Schwarz regiert in Baden-Württemberg, Schwarz-Grün in Hessen. Mit zusammen elf Bundesratsstimmen hat diese Bündnisvariante größeren Einfluss als Rot-Grün.

■ Da durch die Veränderung im Parteiensystem Regierungsbildungen schwieriger werden, gibt es immer mehr große Koalitionen: Mit 16 Stimmen in der Länderkammer ist die Variante CDU/SPD oder SPD/CDU die häufigste.

■ Meist braucht es inzwischen einen dritten Partner: So gibt es in Berlin und Thüringen Rot-Rot-Grün, in Rheinland-Pfalz koalieren SPD, Grüne und FDP („Ampel“), in Sachsen-Anhalt CDU, SPD und Grüne („Kenia“) und in Schleswig-Holstein CDU, Grüne und FDP („Jamaika“).

■ Gerade im Süden sind die Grünen stark. In Baden-Württemberg stellen sie mit Winfried Kretschmann seit 2011 ihren ersten Ministerpräsidenten, Fritz Kuhn regiert Stuttgart. In Bayern könnten die Grünen im Herbst zweitstärkste Kraft werden. ■ **dpa**

Kampf gegen Missbrauch

BKA-Chef Münch will Zugriff auf Daten

BERLIN ■ Der Staufener Missbrauchsfall hat die Debatte neu entfacht, ob Ermittler im Kampf gegen Kindesmissbrauch die Möglichkeit der Vorratsdatenspeicherung brauchen. Der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), Holger Münch, sagte, die Speicherung sei bei der Bekämpfung von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch dringend geboten. Beim BKA gingen täglich Hinweise auf sexuellen Missbrauch von Kindern ein, sagte Münch. In vielen Fällen sei der einzige Hinweis auf den Täter eine IP-Adresse des Computers. Doch seien den Ermittlern wegen der nicht umgesetzten Vorratsdatenspeicherung oft die Hände gebunden. „Allein im Jahr 2017 konnten über 8000 Hinweise auf Kinderpornografie nicht weiter ermittelt werden.“

Über die Vorratsdatenspeicherung wird immer wieder auch im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Kindesmissbrauch diskutiert. Die Rechtslage in Deutschland ist derzeit unklar. In den nächsten Monaten wird eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erwartet.

Das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung war 2015 in Kraft getreten und sieht vor, dass Unternehmen Daten ihrer Kunden zehn Wochen lang speichern. Im Dezember 2016 wertete der Europäische Gerichtshof die anlasslose Vorratsdatenspeicherung als Verstoß gegen den in der EU-Grundrechtecharta garantierten Schutz des Privatlebens.

Der innenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Konstantin Kuhle, kritisierte Münchs Forderung: „Eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung ist mit dem Grundgesetz und mit europäischem Recht unvereinbar.“ ■ **afp** → **Kommentar**

Ermittler prüfen „Absaufen“-Rufe

DRESDEN ■ Nach der Forderung mehrerer „Pegida“-Demonstranten, das Rettungsschiff „Lifeline“ solle „absaufen“, prüft die Staatsanwaltschaft Dresden Ermittlungen wegen des Verdachts der Volksverhetzung. „Der Vorgang ist von der Polizei bei der Staatsanwaltschaft Dresden eingegangen“, sagte ein Sprecher gestern. Die Polizei habe Vorermittlungen gegen „eine bekannte Person und gegen Unbekannt“ geführt, fügte er hinzu. Zuvor hatten die „Dresdner Neuesten Nachrichten“ berichtet, nach der Kundgebung des fremdenfeindlichen Dresdner Bündnisses am 25. Juni sei „eine Vielzahl von Anzeigen“ eingegangen. ■ **epd**

Estnische Armee sucht Rakete

TALLINN ■ Die estnische Armee hat gestern weiter nach einer Luft-Luft-Rakete gesucht, die von einem spanischen Nato-Kampfflugzeug versehentlich über dem Baltischen Meer abgefeuert wurde. Es seien mehrere Hinweise eingegangen, die überprüft werden demnach nicht. Dafür sei am Dienstagnachmittag ein lautes Geräusch gehört worden. Auch die Tageszeitung „Postimees“ zitierte mehrere Esten, die einen ungewöhnlich lauten Knall vernommen haben. Der spanische Eurofighter hatte den Flugkörper unbeabsichtigt nahe der Stadt Otepää gestartet. ■ **dpa**



Monika Borgmann, eine gebürtige Deutsche, hat mit ihrem libanesischen Mann Lokman Slim in einer schmucklosen Villa in Haret Hreik, einem Vorort von Beirut, das Archiv ihrer Initiative „UMAM Documentation & Research“ angesiedelt. ■ **Fotos: Haderlein**

„Ein Stachel in den Seelen“

LIBANON-SERIE, TEIL 3 Der Bürgerkrieg ist 28 Jahre später nicht aufgearbeitet

Von Alexandra Haderlein

BEIRUT ■ Was sie tun, ist gefährlich: Monika Borgmann und ihr Partner Lokman Slim bemühen sich im Libanon um die Aufarbeitung des Bürgerkrieges (1975 bis 1990). Mit einem digitalen Dokumentations-Zentrum, an dem die Bürger mitwirken können.

Auf dem Weg zu Monika Borgmann und Lokman Slim müssen Besucher mehrere Checkpoints passieren. Soldaten kontrollieren mit strengem Blick und Maschinengewehr in der Hand jedes Fahrzeug, suchen nach gewaltbereiten Personen. Militärfahrzeuge parken ums Eck.

Die Initiative der einstigen Aachenerin und des Libanesischen hat ihren Sitz in Haret Hreik, einem ärmlichen Vorort im Süden von Beirut. Kalaschnikows auf gelb-grünen Fahnen wehen überall neben den asphaltierten Straßen und an den heruntergekommenen Häusern. Sie zeigen unmissverständlich, wer hier das Sagen hat: Haret Hreik ist eine Hochburg der schiitischen Miliz Hisbollah, die eine wichtige politische Größe im Libanon ist.

Viele Beirutis fühlen sich in der ärmlichen, „überwachten“ Gegend eher unwohl. Dennoch haben die hagere Deutsche, die seit 17 Jahren im Libanon lebt, und ihr kleinerer Mann ausgerechnet diesen Ort für ihre Initiative Umam Documentation & Research ausgewählt.

Lokman Slim ist überzeugt: Indem man Menschen in ein Ghetto holt, könne man es auflösen.

Als die Journalistin 2004 den Dokumentarfilm „Massaker“ über den Bürgerkrieg drehte, ist ihr in den Gesprächen aufgefallen: „Viele Familien leiden bis heute, weil sie nicht wissen, was mit ihren Verwandten passierte.“ Offiziell wird über den Krieg nicht gesprochen. In den Schulen endet der Geschichtsunterricht 1943 mit der Unabhängigkeit des Libanons von Frankreich, weil man sich für die Zeit danach auf keine gemeinsame Fassung einigen kann.

Wird die Initiative, die die Geburtsstunde ihrer Initiative. Monika Borgmann und Lokman Slim haben in der Nähe ihrer schmucklosen Villa, in dem sie ihr Archiv haben, eine kleine Halle gekauft. Dort finden Workshops, Ausstellungen und Filmvorführungen statt.

Von 1975 bis 1990 tobte der Krieg. Verließ er anfangs entlang konfessioneller Linien, kämpfte bald jeder gegen jeden. Ausländische Kräfte unterstützten die jeweils ihnen nahestehenden Gruppen in dem multikonfessionellen Land.

Laut offiziellen Angaben gab es fast 150 000 Tote und knapp 200 000 Verletzte.

Etwa 17 000 Personen verschwanden. Sie wurden in israelische oder syrische Gefängnisse gesteckt, ermordet und in Massengräbern verscharrt.

Jede beteiligte Gruppe, die heute oft als politische Parteien im Parlament vertreten sind, hat inzwischen ihre eigene Version des Geschehens.

Diesem Wirrwarr wollen Monika Borgmann und Lokman Slim mit der Internetseite www.memoryatwork.org eine allumfassende Sichtweise gegenüberstellen.

Sie sammeln seit zehn Jahren Zeitungsartikel, Fotos und andere Dokumente von Bürgern. „Diese können uns auch ihre belegbaren Erinnerungen schicken“, erläutert der Libanese, während er an einer Zigarette zieht.

Laut Monika Borgmann kommt ihr Angebot gut bei den Menschen an: „Nach einer Wander-Ausstellung mit Fotos von 500 im Bürgerkrieg verschwundenen Personen haben uns viele Leute geschrieben, die unsere Arbeit unterstützen wollten.“

Schließlich sei der Krieg ein Stachel in den Seelen der Menschen, erst recht seit das Parlament 2001 ein Amnestie-Gesetz verabschiedet hat: „Fast kein Täter wurde zur Rechenschaft gezogen.“ Ihr Projekt bezuschussen unter anderem Dänemark, Spanien, die USA und das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland – nicht aber arabische Staaten. We-

der der libanesischen Regierung noch der Hisbollah ist an einer Aufklärung durch Umam Documentation & Research gelegen – könnten doch wenig schmeichelhafte Ergebnisse zutage treten.

„Wir werden mit Sicherheit gut beobachtet“, sagt die gebürtige Deutsche und atmet scharf den Rauch ihrer Zigarette aus. Bei der Frage nach Konsequenzen für seine mutige Arbeit wird Lokman Slim schmallippig: „Darüber möchte ich besser nicht sprechen.“ Schon einmal hatte er wegen eines veröffentlichten Dokuments bei der Behörde für Internetsicherheit vorsprechen müssen – diese kümmert sich auch um unliebsame Journalisten und Blogger. Dennoch denken er und seine Frau nicht ans Aufhören: „Wir wollen helfen, das Puzzle zusammenzusetzen. Auch wenn es eine unendliche Aufgabe bleibt.“

Serie Libanon Folge 1 (31. Juli): Der Libanon – ein nahezu unbekanntes Land.

Folge 2 (7. August): Die Situation syrischer Flüchtlinge im Libanon.

Folge 3 (heute): Wie die Libanesen mit dem Bürgerkrieg umgehen.

Demnächst: Folge 4: In einem palästinensischen Flüchtlingscamp.



Hinter dem Torbogen (links im Bild) steht die Villa der Initiative „UMAM Documentation & Research“ in Haret Hreik.



Lokman Slim betreut gemeinsam mit seiner Frau das Archiv ihrer Initiative mit zahlreichen Zeitdokumenten und Büchern.

Libanon will Rückkehrzentren für syrische Flüchtlinge schaffen

Libanon will syrischen Flüchtlingen die Rückkehr in ihre Heimat erleichtern. Der libanesischen Geheimdienst „General Security“ kündigte die Schaffung entsprechender Registrierungszentren an, wie die Zeitung „Daily Star“ berichtet. Die Behörde veröffentlichte demnach eine neue

Richtlinie für die Ausreise von Syrien, die „Aufenthaltsrechte“ im Libanon „verletzt“ haben.

Rund drei Viertel der im Libanon lebenden Syrer haben laut dem Bericht keinen legalen Aufenthaltsstatus. Ihnen droht lebenslanges Einreiseverbot in den Libanon. Entspre-

chend der neuen Direktive soll für rückreisewillige Syrer, die in den nun einzurichtenden Zentren registriert sind, das Wiedereinreiseverbot auf ein Jahr verkürzt werden. Voraussetzung ist, dass sie vor Januar 2015 legal in den Libanon eingereist waren und die gesetzlichen Strafen für die

Überziehung der Aufenthaltsdauer bezahlen. Seit 2015 gilt für Syrer im Libanon eine Visumpflicht. Bei den Vereinten Nationen registrierte Flüchtlinge können das Land laut dem Bericht ohne Strafzahlungen und ohne Wiedereinreiseverbot verlassen.

Ex-Grünen-Chef verweigert Rückzug

Cem Özdemir bleibt präsent wie eh und je

Von Teresa Dapp

BERLIN ■ Vom dritten Stock ist Cem Özdemir ins Souterrain umgezogen. Als Chef der Grünen hat der 52-Jährige noch in der Grünen-Zentrale von oben auf Bäume geschaut. Der Blick im Büro des Vorsitzenden des Ausschusses für Verkehr und Digitalisierung geht auf einen spärlichen Hof des Paul-Löbe-Hauses, das zum Bundestag gehört.

Es gibt verschiedene Erzählungen dazu, warum Özdemir nun diesen Job hat. Ein Vorsitz mit mehr Prestige, etwa des Außen- oder des Europausschusses, sei für die kleinste Fraktion unerreichbar gewesen. Verkehr und Digitalisierung passten als Themen doch perfekt.

Eine andere Fassung: Özdemir ist Verkehrsausschuss-Vorsitzender, weil ihn die beiden Fraktionschefs der Grünen, Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter, aus dem Rampenlicht nehmen wollten. Weil Özdemir vor allem Göring-Eckardt, mit der er im Bundestagswahlkampf das Spitzenduo gebildet hat, gefährlich werden könnte. So oder so: Auf dem Papier ist Özdemir von der ersten in die dritte Reihe gerückt.

Und in Wirklichkeit? Hält er sich hartnäckig in der Liste der wichtigsten Politiker im Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen – zwischenzeitlich sogar als beliebtester Politiker Deutschlands, ein Platz, den sonst eher Außenminister einnehmen. Wer auf dieser Liste landet, entscheiden nicht die Umfrage-Macher, sondern die Bürger.

Ganz zufrieden mit seiner Lage

Auch sonst: Özdemir auf allen Kanälen. Wenn Mesut Özil mit seinem Rücktritt aus der Nationalmannschaft eine Integrations- und Rassismuskritik vertritt: Wer böte sich als Gesprächspartner besser an als der Gastarbeiter-Sohn, der sich durchgekämpft hat und auf schwäbisch den VfB Stuttgart anfeuert?

Wenn Erdogan auf Staatsbesuch nach Deutschland kommen soll, wird einer seiner schärfsten Kritiker befragt, der immer noch Polizeischutz braucht, weil türkische Nationalisten ihn bedrohen. Seine Anti-AfD-Rede im Bundestag machte Furore. Selbst die „New York Times“ hat schon jemanden in seinem Büro vorbeigeschickt.

„So lange er medial sichtbar bleibt, kann er auch unabhängig von formalen Führungsämtern von der Bevölkerung als einer der wichtigsten Politiker wahrgenommen werden“, sagt Matthias Jung, Vorstand der Forschungsgruppe Wahlen. Özdemir komme zugute, dass er relativ wenig polarisiere und auch von den Anhängern anderer Parteien recht positive Bewertungen erhalte.



Cem Özdemir (links) steht neben Winfried Kretschmann, dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg. ■ **Foto: dpa**

Dabei galt Özdemir zunächst als der große Verlierer: Die Jamaika-Verhandlungen von Union, FDP und Grünen platzten, und mit ihnen der Traum vom Ministeramt – viele hatten ihn schon als Außenminister gesehen, er selbst sich vielleicht auch. Das Amt des Parteivorsitzenden gab er nach mehr als neun Jahren freiwillig ab. Für den Fraktionsvorsitz reichte die interne Unterstützung nicht, wie er selbst einräumte. Özdemir kann auch Menschen vor den Kopf stoßen, vor allem linke Grüne. Nur ein Beispiel: Dass er Daimler-Boss Dieter Zetsche zum Parteitag einlud, kam bei vielen gar nicht gut an.

Nun äußert sich der gelernter Erzieher ganz zufrieden mit seiner Lage. „Ich muss nicht zu jedem Thema einen Halbsatz raushauen. Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur leistet gute Arbeit ins Parlament hinein“, sagt er. „Im Dialog mit Wirtschaftsbossen oder EU-Kommissaren hilft, dass mein Name nicht ganz unbekannt ist.“

Dass er immer wieder über die Parteigrenzen hinaus punktet, erklärt er auch mit seiner Herkunft als Deutsch-Türke auf der Schwäbischen Alb: „Ich habe immer mitbekommen: Es gibt da draußen noch andere Lebenswelten als meine. Du musst dich mit Neugierde darauf einlassen.“ Einen Machtkampf Özdemirs mit Göring-Eckardt um den Fraktionsvorsitz halten viele Grüne für denkbar. Das betraf auch Anton Hofreiter vom linken Parteiflügel. Zwei Männer dürfen sich die Fraktionsspitze nicht teilen, da sind die Grünen streng. Özdemir bräuhete möglichst eine junge, links-grüne Frau an seiner politischen Seite.

Theoretisch wäre zwar denkbar, dass zwei „Reals“ vom pragmatischen Parteiflügel ganz vorn stehen, also auch Özdemir mit Göring-Eckardt. Aber dass die Grünen ihre Flügel-Parität für einen „Hardcore-Realo“ aus der baden-württembergischen Schule um Winfried Kretschmann beiseite legen, ist wohl ausgeschlossen. Apropos Kretschmann: Die Nachfolge des einzigen grünen Ministerpräsidenten ist ungeklärt. Özdemir hat zwar klargestellt, sein Platz sei in Berlin – sein Name kursiert weiter. Stören dürfte ihn das nicht. ■ **dpa**

Mehr Pflegevollkräfte

Kliniken wollen ihr Personal aufstocken

WIESBADEN/BERLIN ■ In den deutschen Krankenhäusern waren im vergangenen Jahr 328 500 Pflegevollkräfte tätig. Sie versorgten Patienten bei knapp 19,5 Millionen stationären Behandlungen, wie das Statistische Bundesamt gestern in Wiesbaden mitteilte. Die Zahl der Pflegevollkräfte in den Krankenhäusern lag um 3400 höher als im Jahr zuvor (plus 1,0 Prozent). Bei Vollkräften handelt es sich um die auf die volle tarifliche Arbeitszeit umgerechneten Beschäftigten im Pflegedienst.

Der Stellenzuwachs macht laut Deutscher Krankenhausgesellschaft deutlich, dass die Kliniken in dem Maße einstellen, wie der Arbeitsmarkt es möglich macht. „Die Beibehaltung von Krankenhäusern würde aus Gründen der Gewinnmaximierung Stellen nicht besetzen, ist schlichtweg falsch“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Georg Baum. Nach seiner Einschätzung würden die Kliniken gerne noch mehr einstellen. „Aber der Arbeitsmarkt gibt das nicht her.“ ■ **afp**

„Aquarius“ legt auf Malta an

Auch Deutschland nimmt Flüchtlinge auf
Von Catherine Marciano

ROM ■ Nach tagelanger Irrfahrt des Rettungsschiffs „Aquarius“ im Mittelmeer hat Deutschland sich zur Aufnahme eines Teils der 141 Flüchtlinge an Bord bereit erklärt. Die Bundesrepublik sowie Frankreich, Spanien, Portugal und Luxemburg sagten nach Angaben Maltas die Aufnahme der Migranten zu. Das Schiff der Hilfsorganisationen Ärzte ohne Grenzen und SOS Méditerranée bekommt demnach die Erlaubnis, in einen maltesischen Hafen einzulaufen.

Wie das Bundesinnenministerium gestern bestätigte, entschied Minister Horst Seehofer (CSU), aus humanitären Gründen bis zu 50 der aus Seenot geretteten Menschen zu übernehmen, die sich derzeit auf dem Weg nach Malta befinden. Deutschland habe sich bereiterklärt, Malta zu unterstützen – unter der Voraussetzung, dass sich auch andere Staaten beteiligten, hieß es. Für den künftigen Umgang mit aus Seenot geretteten Migranten sei allerdings eine rasche europäische Lösung unter solidarischer Beteiligung aller Mitgliedsstaaten nötig.

Nach Angaben Maltas könnten insgesamt sogar gut 200 Flüchtlinge auf Deutschland und die vier weiteren Aufnahmeländer verteilt werden. Dazu gehörten auch 60 Menschen, die die maltesische Küstenwache am Montag gerettet habe, erklärte die Regierung in La Valletta.



Migranten warten an Bord der „Aquarius“ darauf, dass das Schiff in einem Hafen anlegen darf. ■ Foto: dpa

Der Koordinator von Ärzten ohne Grenzen an Bord der „Aquarius“, Aloys Vimard, sagte, die Flüchtlinge seien „erschöpft, gezeichnet von ihrer Reise und ihrem Aufenthalt in Libyen“.

Von den 141 Menschen an Bord sind nach Vimards Angaben rund die Hälfte Minderjährige und mehr als ein Drittel Frauen. Die meisten stammen aus Somalia und Eritrea. Sie waren am Freitag von der „Aquarius“ aus dem Mittelmeer gerettet worden, seitdem suchte das Schiff einen Hafen.

Mehrere europäische Regionen und Städte hatten zwischenzeitlich angeboten, die „Aquarius“ in ihren Häfen anlegen zu lassen – darunter Korsika, Katalonien sowie der französische Mittelmeerrhafen Sète.

Frankreich äußerte am Rande der Verhandlungen Bedauern über die „sehr harte politische Haltung“ Italiens. Die neue rechts-populistische Regierung verweigerte wie schon im Juni ein Anlegen der „Aquarius“ und die Aufnahme von Menschen in ihrem Land. Im Juni hatte sich schließlich die neue spanische Regierung bereit erklärt, die „Aquarius“ nach einwöchiger Odyssee im Mittelmeer aufzunehmen. Die mehr als 600 Flüchtlinge an Bord gingen im Hafen von Valencia an Land.

Unterdessen kündigte Gibraltar an, die „Aquarius“ dürfe nicht mehr unter der Flagge des britischen Gebiets fahren. ■ afp/kna



Jihad Moussa (22) hat stets ein Lächeln im Gesicht und versucht trotz aller Widrigkeiten das Beste aus seinem Leben im palästinensischen Flüchtlingscamp Bourj El-Barajneh zu machen. So hat der Radio- und Film-Student dort beispielsweise das Kulturcafé „Jafra Meeting Place“ eröffnet. Man kann bei Limo oder Kaffee Bücher lesen, im Internet surfen oder zusammen mit anderen Fußball-Live-Übertragungen sowie Filme ansehen. Auch Musikabende mit lokalen Künstlern bietet er seinen Besuchern an.

Die „tödlichen Schlangen“

LIBANON-SERIE, TEIL 4 Palästinenser warten auf ihre Rückkehr nach Israel

Von Alexandra Haderlein

BOURJ EL-BARAJNEH ■ Israel feiert dieses Jahr sein Gründungsjubiläum. Die Palästinenser trauern: Das Jahr 1948 nennen sie „Nakba“ („Katastrophe“), wegen ihrer Flucht und Vertreibung aus dem einstigen Palästina. Geflohen in den Libanon oder in andere arabische Staaten gibt es für sie keine Rückkehr in die Gebiete und Häuser, die ihnen einst gehörten. Seit 70 Jahren sind sie vielerorts staatenlos und in ihren Rechten beschnitten. Ein Besuch in einem palästinensischen Flüchtlingscamp im Libanon.

Mit Zeltstädten, wie man sie aus Syrien, Griechenland oder Afrika kennt, haben Bourj El-Barajneh und die anderen elf Palästinensercamps im Libanon nichts gemein. Eingequetscht auf einem Quadratkilometer, zwischen dem einzigen Flughafen des Landes in Beirut und den südlichen Vororten, werden dort Wohnungen wie Legosteine wild aufeinander gestapelt. Obwohl kontinuierlich in die Höhe gebaut wird, platzen die Gebäude aus allen Nähten: In Bourj El-Barajneh hat das „UNRWA“, das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, etwa 20000 Menschen registriert. Tatsächlich sind es vermutlich sogar mehr als doppelt so viele. Insgesamt leben im Libanon rund 455000 Palästinenser, schätzt das UNRWA.

Dicke Bündel an Stromkabeln

Durch die verwinkelten Gassen zwischen den Häusern drängen sich Frauen mit Einkäufen, Männer auf Mopeds und Kinder beim Spielen. Es riecht nach Benzin, Mittagessen und ab und an nach Müll, der in der Sonne liegt. „Halte Dich von den Wänden fern“ und „Berühre nicht die Schlangen“ sind zwei Sätze, die jedes Kind in Bourj El-Barajneh eingebildet bekommt. Jihad Moussa (22), der in dem Camp aufgewachsen ist, erklärt: „Mit den Schlangen sind die Stromkabel zu den Wohnungen gemeint.“

Sie hängen in dicken, ungeordneten Bündeln, teils nur auf Kopfhöhe, über den Gassen und sind oft direkt neben den Wasserleitungen in die Hauswände gezogen. Durch die schlechte Luftzirkulation in den engen Gassen sind die Wände feucht. Die Folge:

Britische Besatzung und die Folgen

Im Ersten Weltkrieg – genau genommen im Dezember 1917 – wurde Palästina von Großbritannien besetzt. Die Briten verfolgten dort eigene strategische und wirtschaftliche Interessen. Unter dem britischen Mandat vergrößerte sich die Zahl der Juden in Palästina laut der Bundeszentrale für politische Bildung von fünf Prozent (1882) auf 30,6 Prozent im Jahr 1945. Denn infolge der Judenverfolgung durch die Nazis vor und während des Zweiten Weltkriegs sowie dem in ganz Europa grassierenden Antisemitismus war der Wunsch der Juden gewachsen, ihre eigene Kultur zu bewahren und ins „Land der Väter“ zurückzukehren. Schließlich sehen Juden ebenso wie Muslime und Christen in Israel und insbe-

sondere Jerusalem die Wurzeln ihrer Religion.

Für die im Zuge des israelischen Unabhängigkeitskrieges 1948 und des Sechs-Tage-Krieges 1967 geflohenen Palästinenser sowie ihrer Nachkommen wurde ein eigenes UN-Hilfswerk gegründet: Das UNRWA, das sich durch freiwillige Spenden finanziert und dessen Mandat bis heute alle drei Jahre aufs Neue von den UN-Mitgliedsstaaten verlängert wird. Die Arbeit des UNRWA ist besonders erschwert, nachdem US-Präsident Donald Trump dem Hilfswerk im Januar 2018 die Hilfsgelder der USA massiv gekürzt hat – die Vereinten Staaten von Amerika waren bis dato der größte Geldgeber des UNRWA. ■ aha

Manche von ihnen stehen unter Strom. „Vor wenigen Monaten ist wieder eine Siebenjährige gestorben. Sie wollte einen Rollerfahrer Platz machen, berührte eine Wand und bekam davon einen Stromschlag. Sie starb noch an Ort und Stelle – kein Einzelfall“, erzählt Jihad Moussa. Der 22-Jährige ist in dem

Camp geboren und bekam – wie alle anderen Palästinenser – den Flüchtlingsstatus vererbt. So soll das Recht auf Rückkehr nach Palästina erhalten bleiben. Damit begründen der Libanon und weitere arabische Staaten ihre Ablehnung der Integration palästinensischer Flüchtlinge. Bis auf Jordanien ge-



Das palästinensische Flüchtlingscamp Bourj El-Barajneh ist eines von zwölf im gesamten Libanon. Diese Gasse ist noch eine der breiteren Gassen zwischen den Häusern, an manchen Stellen sind sie gerade einmal rund einen Meter breit. Die Stromkabel hängen zu Dutzenden darüber. ■ Fotos: Alexandra Haderlein

Merkels Mühen mit Europa

Bürgerdialog mit der Kanzlerin zur EU-Zukunft

Von Stefan Hantzschmann und Jörg Blank

JENA ■ Die Krise der Union, der Streit über die Migrationspolitik, holt Angela Merkel nur kurz ein. Es ist das erste Treffen der Kanzlerin mit Bürgern nach dem großen Krach mit Horst Seehofer (CSU), und ein Mann fragt die Kanzlerin beim Bürgerdialog in Jena, wie Migranten in Deutschland integriert werden sollen. Seehofers umstrittener Masterplan beschäftige sich ja nur mit Sanktionen gegen Migranten.

Der Masterplan Seehofers „enthält ja im Grunde nur die Dinge, die noch nicht ausreichend gelöst sind“, sagt Merkel ziemlich knapp und schwenkt dann auf Europa um. Denn um Europa soll es eigentlich gehen bei diesem Treffen mit Bürgern. Die Migrationspolitik, das macht die Kanzlerin noch einmal unmissverständlich klar – ist für sie ein europäisches Thema.

Wer will, kann in dieser Grundmelodie Merkels eine leise Spitze gegen ihren Innenminister hören. Er hatte den frühsummerlichen Streit mit seiner Forderung nach einem nationalen Alleingang bei Zurückweisungen von Migranten an der deutschen Grenze ausgelöst.

„Europa ist mühsam“, sagt die Kanzlerin und wirbt mit einem einfachen Beispiel um Verständnis. „Wenn Sie zu Hause in der Familie diskutieren, was Sie zum Mittagessen kochen, ist es manchmal schon schwer“, sagt sie – um zu demonstrieren, wie schwer es ist, sich unter 28 EU-Ländern zu einigen. Und ja, ärgerlich sei es schon, wenn manche sich dann nicht an Vereinbarungen hielten.

Rund 55 Bürger dürfen mit der Kanzlerin in Jena diskutieren. Drei Leitfragen stehen im Zentrum: Wie erleben Bürger Europa in ihrem Alltag? Welche Rolle spielt Europa für Deutschland insgesamt? Wie sollte Europa in Zukunft aussehen?

„Als Politikerin verbinde ich lange Nächte mit Europa“, sagt Merkel auf die Frage nach ihren persönlichen Erfahrungen und muss schmunzeln. In den Beratungen dauere es oft lange, bis es eine Einigung gebe. Als Bürgerin verbinde sie aber auch ein großes Sicherheitsgefühl mit der EU. Man wisse, dass man sich nicht auf vollkommen unbekanntem Terrain befinde.

Merkel muss sich auch kritische Fragen anhören, etwa die einer Frau, die beklagt, dass man die Türkei dafür be-

zahle, dass weniger Flüchtlinge nach Europa kämen. Die Kanzlerin betont daraufhin die Bedeutung des Außengrenzschutzes der EU. Viele der Menschen, die wegen des Krieges im Nachbarland Syrien in die Türkei geflüchtet seien, wollten gar nicht nach Deutschland, sondern zurück in ihre Heimat, wenn der Krieg beendet sei. Deswegen sei es doch in beiderseitigem Interesse, der Türkei bei der Versorgung der Migranten und Flüchtlinge zu helfen, damit diese in der Nähe ihrer Heimat blieben und nicht nach Europa weiter wanderten.

Als ein junger, angehender Landwirt aus Jena die Kanzlerin mit Fragen zur Agrarpolitik löchert, muss Merkel durchatmen. „Die Lebensmittelpreise sind so gering wie nie, und immer mehr Landwirte gehen Pleite“, klagt der 18 Jahre alte Friedrich Seibt. Ihn ärgert die Macht der großen Handelskonzerne, die seiner Meinung nach den Bauern die Preise für ihre Produkte verderben. Die Kanzlerin zeigt Verständnis. „Man sollte den kleinen Betrieben eine faire Chance geben“, sagt sie. Aber Kartellbehörden seien unabhängig und würden festlegen, wann jemand eine marktbeherrschende Stellung habe.

Oft ist Merkel in der Vergangenheit vorgehalten worden, ihre Politik zu wenig dem Volk zu erklären. Als eine Frau aus einer Kleinstadt bei Jena beklagt, die meisten Menschen würden schon im Schlaf mit Europa Begriffe wie Flüchtlingskrise, Festung Europa und Hilfen für Griechenland verbinden, nickt Merkel nachdenklich. Ihr fehle in der deutschen Politik die Vision und die Leidenschaft, den europäischen Gedanken dem Bürger nahe zu bringen, sagt die Frau. Es sei ja schön, über Merkels Auseinandersetzungen mit Seehofer zu lesen, „aber irgendwann auch ermüdend“.

Mit ihrem Verstand sei sie ganz bei Merkels „unaufgeregtem Pragmatismus, auch die Dinge zu lösen“, ergänzt die Fragestellerin. „Aber mit meinem Herzen und mit meinen Gefühlen bei den Visionen und Leidenschaften eines Emmanuel Macron“, des französischen Präsidenten. Da wünsche sie sich auch von der deutschen Politik, den europäischen Gedanken den Bürgern leidenschaftlicher nahezubringen. Dabei hatte Merkel den Auftritt schon in der halben Stunde vorher für ein für ihre Verhältnisse leidenschaftliches Plädoyer für ihr Herzensprojekt Europa genutzt. ■ dpa



Bundeskanzlerin Angela Merkel (rechts) beim Bürgerdialog in Jena. Es ging um die Zukunft Europas. Einigen der etwa 55 Teilnehmer fehlte es an Visionen für Europa. ■ Foto: dpa

Auslandsreisen nur mit Erlaubnis

Medizinische Hilfe oder Schulbesuche sind Palästinensern wie Jihad Moussa nur innerhalb der Camps erlaubt. Und wenn er ins Ausland reisen möchte, muss er erst eine Erlaubnis einholen. Bereits wenn sie das Camp verlassen, werden die Palästinenser vom libanesischen Staat beobachtet.

Je nach Sichtweise ist dies die Konsequenz aus oder Ursache für die Radikalisierung junger Menschen in den palästinensischen Flüchtlingscamps, die laut UNRWA in den vergangenen Jahren stetig zugenommen hat. An einigen Hauswänden in Bourj El-Barajneh hängen Din-A4-große Poster von sogenannten Märtyrern – jungen Männern, die sich irgendwo umgebracht und dabei möglichst noch andere Menschen mit in den Tod gerissen haben. Meist im Hintergrund der Poster zu sehen: der Felsen in Israel. Für die meist sunnitischen Palästinenser Symbol und Inbegriff ihres rechtmäßigen Eigentums von Palästina.

Serie Libanon

Folge 1 (31. Juli):

Der Libanon – ein nahezu unbekanntes Land.

Folge 2 (7. August):

Die Situation syrischer Flüchtlinge im Libanon.

Folge 3 (9. August):

Wie die Libanesen mit dem Bürgerkrieg umgehen.

Folge 4 (heute):

In einem palästinensischen Flüchtlingscamp.